

„Die Bevölkerung wird hintergangen“

Zu: Eventuelle Stationierung von Cruise missiles bei Wüschheim:

„Weil die Regierung in Brüssel den Protest der Bevölkerung bei einer Stationierung von Marschflugkörpern in Belgien fürchtet, wird in der NATO erwogen, diese Flugkörper in Friedenszeiten in der BRD zu lagern“. So die Zeitschrift „Stern“ vom 2. Dezember 1982. Fürchtet man sich in Deutschland ebenfalls vor dem Protest der Bundesbürger, oder warum hält man die geplanten bzw. vorgesehenen Stationierungsorte geheim? In allen anderen NATO-Staaten, und vor allem in den USA, unterliegt ein Standort oder ein Bau von Raketenstellungen nicht der Geheimhaltung. In Amerika läuft kein Gifttransport ohne vorherige Ankündigung, wird keine Rakete ohne Sicherheitsspektakel auch nur einen Kilometer weit gefahren; bei uns muß man sich ruhig verhalten.

Wenn die bisherigen Hinweise über Stationierungen von Mittelstreckenraketen, Cruise missiles und Pershing II, der Wahrheit entsprechen sollten, so hat die Bevölkerung ein Anrecht auf sachliche Information. Der Bürger muß Gelegenheit haben, sich über die Konzentration von militärischen Anlagen ein möglichst objektives Bild zu machen, um ihr zuzustimmen oder sie abzulehnen und seinen Ängsten Ausdruck zu verleihen. Die Bevölkerung wird nach meiner Ansicht buchstäblich hintergangen.

Ein Raketenstandort bedeutet, was man mit Sicherheit behaupten kann, eine Zielscheibe. Aber nicht nur Standorte, sondern auch Waffenlager und Munitionsdépôts sind bei einem Angriff besonders

gefährdet, und da auf dem Hunsrück jede Menge Waffen und Munition gelagert werden, kann man sagen: „Der Hunsrück ist ein Pulverfaß“.

Man darf bei einer weiter steigenden Rüstung nicht unbeachtet lassen, daß es auch ungewollt zu einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommen kann. Denken wir nur, was den meisten wohl bekannt sein wird, an den 9. November 1979. An diesem Tage meldete ein Computer in den USA, es seien Raketen aus der Sowjetunion in Richtung Westen unterwegs. Man hatte damals noch etwa eine halbe Stunde Zeit um festzustellen, daß der Computer eine Fehlmeldung ausgespuckt hatte. Der Abschluß eigener Raketen konnte noch rechtzeitig verhindert werden, es war aber alles schon startbereit. Das war bestimmt kein Einzelfall, und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß weitere folgen werden.

Wie würde aber eine solche Fehlmeldung wie im November 1979 heute enden? Die heutigen Raketen haben keine kürzere Flugzeit und sind spezialisierter; würden etwa nur zehn oder gar nur sechs Minuten übrig bleiben, um eine Meldung nachzuprüfen? Niemand gibt uns die Garantie, daß Mensch und Technik nicht noch einmal versagen.

Meiner Meinung nach ist es unbegreiflich, daß in Eifel und Hunsrück bereits Vorbereitungen für den Bau von Abschlußbasen in vollem Gange sind, bevor konkrete Ergebnisse bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen abgewartet werden.

Friedhelm Gumm, Horn

H2 03.01.1983

„... lassen uns von der Jugend beschämen“

Zu Leserbrief: „Bürgerliche Pflicht zu protestieren“ (HZ vom 14. 12. 82):

„Herr Probst hat natürlich völlig recht: „Unsere Generation“ (Überlebende des letzten Weltkrieges) ist aufgerufen, sich mit aller Kraft gegen den aus Größenwahn von Politikern und Profitsucht von Rüstungsindustriellen resultierenden Rüstungsirrsinn aufzulehnen! Was tun wir: Wir lassen uns von der sonst so vielfach verteufelten Jugend beschämen — Auswirkung unseres Untergangs im Wohlstand des Establishments?

Wir sorgen uns um die mögliche „kommunistische Unterwanderung“ der Friedensbewegung: auch einer der Gründe, warum wir abseits stehen. Die atomare Aufrüstung (und die damit verbundene tödliche Gefahr für uns Mitteleuropäer) ist jedoch eine Gefahr, die uns alle angeht, damit auch „die Kommunisten“.

Wir sind sicher, daß die UdSSR und ihre Expansionspolitik eine Bedrohung des Weltfriedens darstellt. Soweit richtig. Nur: Wer die Verhältnisse des Ostblocks kennt (wie wir), weiß, daß sich die UdSSR eine so maßlose Präventiv-Rüstung wie der Westen schon allein wirtschaftlich gar nicht leisten kann. Quintessenz: Beide Supermächte müssen zu vernünftigem Denken veranlaßt werden. Dies kann „das Volk“ nicht anders artikulieren als durch Unterschriften-Listen und Demonstrationen.

Womit wir wieder beim Thema „Duckmäuserei“ sind: „Wo bleiben die Reaktionen unserer sonst so medienstichtigen Politiker“ (Zitat aus dem Leserbrief).

Es kann doch nicht wahr sein, daß der eine unserer Volksvertreter sich ausschließlich mit Drehorgelspielen, Lieder- und Kochbuchherausgabe und ähnlichen angesichts unserer Bedrohung ‚wichtigen‘ Problemen herumschlägt; daß einer sich ständig in lokalen Zeitungen produzierenden Abgeordneten nichts besseres einfällt, als „gegen die Angst“ zu wettern und dies auch nicht in — so hoffe ich für sie — ungewollter, schwarzer Situationskomik; daß ein anderer sich vor allem um den guten Ruf des Bundespräsidenten und die Erhaltung unseres Waldes sorgt, aber nicht bedenkt, daß es nach einem Atomkrieg den Wald sicher nicht mehr, den Bundespräsidenten vielleicht nicht mehr gibt.

Die Liste der Schweiger zu dem beängstigsten Thema unserer Zeit ließe sich erweitern. Kein einziger Politiker aus unserem Raum hat bisher die Zivilcourage besessen, sich zu äußern, sicher vor allem mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl: Der Wähler wird das bei dieser Gelegenheit honorieren.

Inge Kaestner-Schindler, Dr. Wilhelm Schindler, Riesweiler.

„Versuch, um klare Aussage herumzukommen“

Zu: „Verhandlungen in keiner Weise stören“ (HZ vom 21. Dezember 1982):

„Frau Will-Feld von der CDU bleibt bei ihrer Verschleierungstaktik. Es ist geradezu rührend, wenn man beobachtet, wie sich die CDU-Bundestagsabgeordnete in zahlreichen Zeitungsartikeln, Leserbriefen usw. bemüht, um eine klare Aussage zum Problem der neuen Atomwaffen im Hunsrück herumzukommen.

Sie wird nicht müde, den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt als Kronzeugen für ihre Verschleierungstaktik anzuführen. Ich bin mit Frau Will-Feld einer Meinung, daß Helmut Schmidt unbestritten als einer der besten Bundeskanzler gilt, welche seit 1949 die Politik der Bundesrepublik bestimmten.

In Sachen Nachrüstung / Aufrüstung aber hat er wohl seinen größten politischen Fehler gemacht, der ihm ja auch bundesweiten Protest und Widerstand bescherte. Was soll eigentlich die ganze Raketen-Erbsebzählerei, wenn man weiß, daß die beiden Großmächte mehrfache „over-kill“-Kapazitäten besitzen?

Volksvertreter, die sich zu Handlungen der Rüstungslobby in USA und der Bundesrepublik machen, gehören auf keinen Fall in den deutschen Bundestag. Es ist auffallend, daß gerade die sogenannten christlichen Politiker ein besonders negatives Beispiel abgeben. Aufrüsten, um dann eher abrüsten zu können, verstehe wer will. Ich finde diese Denkungsart einfach pervers.“

Klemens J. Probst, Sohren

HZ 04.01.1983

„Klaren Weg unbeirrt weitergehen“

Zu: „Dann wird man politisch unglaublich unwürdig“ (HZ vom 28. 12. 1982):

„Es wäre gar zu verwunderlich gewesen, wenn sich Stephan Engelfried aus Simmern (stellvertretender Juso-Vorsitzender) nicht in die Schar der Leserbriefschreiber in Sachen IGS Kastellaun und NATO-Doppelbeschluß eingereiht hätte, die die Diskussion hierüber nicht mit Argumenten, sondern mit dem Dreschflegel führen.“

Reduziert man seinen Leserbrief, der der Abteilung „Gift und Galle“ zuzuordnen ist, auf seinen sachlichen Gehalt, dann bleibt außer der Unterschrift nichts mehr übrig.

In Abwandlung eines alten Sprichwortes kann man hier nur sagen: „Hätten Sie, Herr Engelfried, geschwiegen, wären Sie ein Philosoph geblieben“.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Walter Mallmann aus Simmern sollte sich von solch übler Polemik nicht beeinflussen lassen, sondern seinen klaren Weg unbeirrt weitergehen.

Die Entscheidung von Walter Mallmann, für Juso-Veranstaltungen nicht zur Verfügung zu stehen, hat durch den Leserbrief des Herrn Engelfried eine zusätzliche Rechtfertigung erhalten.

Manfred Kästner, Simmern

HZ 04.01.1983

„Künftig mehr Objektivität wahren . . .“

**Zu: Leserbrief von Herrn Dr. Rumpf
(HZ vom 29. 12. 1982):**

„Der Bundestagsabgeordnete Dr. Rumpf versucht uns Bürgern den NATO-Doppelbeschluß noch immer als wichtiges Fundament für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen hinzustellen.

Realer Gegenstand des Nachrüstungsbeschlusses ist jedoch zweifellos die Aufrüstung. Das damit verbundene Verhandlungsangebot hat doch ganz offensichtlich aus Sicht der USA nur die Funktion, den Aufrüstungsbeschluß besser gegen die Kritik aus den Reihen der betroffenen Bürger abzuschirmen.

Die amerikanische Administration hält die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen unabhängig von etwaigem sowjetischen Wohlverhalten im Interesse der eigenen Sicherheit und Strategie sowie aus wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar.

Amerikanische Generäle halten die vereinbarte Zahl von 204 Systemen (108 Pershing II und 96 Cruise Missiles) für die Bundesrepublik militärstrategisch gerade noch für vertretbar. Ursprünglich hatte das Militär eine mindestens dreifache Zahl von Systemen gefordert. Dadurch wird auch die große Bedeutung der Rüstungsindustrie für die amerikanische Wirtschaft und deren Lobby im Verteidigungsministerium deutlich.

Dr. Rumpf vermutet, daß die Friedensbewegung einseitig informiert und damit die Bürger verängstigt. Doch gerade er ist derjenige, der in seinem Leserbrief einseitige Informationen gibt und damit offensichtlich manipulatorische Absichten hegt. Nach seiner Argumentation wird der Frieden in Deutschland und Europa nur durch die sowjetischen SS-20-Raketen bedroht. Er unterläßt es jedoch zu erwähnen, daß die NATO und ihre Verbündeten ein dem Warschauer Pakt gleichwertiges Vernichtungspotential angehäuft haben, welches ebenfalls eine Bedrohung des Friedens darstellt.

Herr Dr. Rumpf trägt durch solch einseitige Bewertungen bewußt oder unbewußt dazu bei, Feindbilder bei der deut-

schen Bevölkerung aufzubauen bzw. zu verstärken. Es ist unredlich die Sowjetunion als bösen Aggressor hinzustellen, und dabei nicht zu erwähnen, daß auch die USA durch ihre bisherige Machtpolitik in vielen Teilen der Welt (u. a. Chile, El Salvador, Türkei) zumindest genauso unberechenbar wie die Sowjetunion sind.

Es ist auch nicht so, wie Herr Dr. Rumpf meint, daß die Friedensbewegung nur für eine einseitige Abrüstung des Westens eintritt. Die Forderung nach Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen ist eine der Antworten auf eine gefährliche Politik unserer Politiker und Militärs. Diese atomwaffenfreien Zonen sollen Schritte zu einem atomwaffenfreien Ost- und Westeuropa sein.

Herr Dr. Rumpf täte gut daran, seinen Informationsstand über die Friedensbewegung zu verbessern und bei der Diskussion um solch lebenswichtige Themen künftig mehr Objektivität zu wahren.

Manfred Scherer, Holzbach, Stellvertretender Unterbezirksvorsitzender der Jungsozialisten.

„Wo man singt . . .“

„Zuerst war es bei mir staunende Verwunderung, die bald einem betroffenen Entsetzen wich, als ich in den letzten Tagen diese haßtriefenden Leserbriefe gegen den Landtagsabgeordneten Walter Mallmann las.

Da kommt ein Parlamentarier auf die Idee eine offensichtliche Lücke zu schließen und verschenkt ein Liedertextheft in hoher Auflage, das sich einer großen Beliebtheit erfreut. Jedenfalls habe ich bei Treffs, Ausflügen und Feiern nur Positives über diese Idee verspürt, die Freude bereite.

Natürlich muß man sich beim Singen des Lebens erfreuen können. Daher sollte sich der Abgeordnete Mallmann nicht verdrießen lassen. Er hat Tausenden von Bürgern eine Freude bereitet. Wie hieß es doch in einem Schlager vor nicht allzulanger Zeit: „Da wo man singt laß dich nieder, der Böse hat keine Lieder!“

Hans-Werner Rhein, Sohren

HZ 3

05.01.83

„Es wird Zeit, aufzuwachen . . .“

Zu: Leserbrief der Abgeordneten Will-Feld (HZ vom 20. 12. 1982):

„Ich möchte Stellung nehmen zu einigen Sätzen von Frau W. Will-Feld vom 20. Dezember 1982.

1. „Die Alternative zu Raketen auf beiden Seiten sind keine Raketen auf beiden Seiten.“ Sehr richtig! Warum hält sich der Westen dann nicht daran? Warum klammert er alle luft- und seegestützten Raketen sowie die französischen Atomwaffen aus und verkauft uns das als Null-Lösung? Der Ausdruck „Null-Lösung“ ist eine bewußte Täuschung der Bevölkerung. Nie hat der Westen angeboten, alle seine Atomwaffen zur Disposition zu stellen. Der Bevölkerung soll mit diesem Ausdruck wieder einmal eingeredet werden, es sei der Russe, der nicht zu Verhandlungen bereit sei.

2. „Schmidt hat 1977 das Thema der Mittelstreckenraketen aufgebracht“, mit dem Ziel, Verhandlungen zu erzwingen. Dies ist die deutsche Version des sog. Nato-Doppelbeschlusses, und nur die deutsche. In den USA wurde er seit jeher unverhohlen als Aufrüstungsbeschluß gewertet, und die Aufrüstung wurde auch unverzüglich eingeleitet, wie wir hier auf dem Hunsrück ja seit Monaten sehen. Wann ist je in Genf von den Amerikanern ernsthaft verhandelt worden? Und wer glaubt denn hier bei uns noch an Verhandlungen in letzter Minute, wenn unser Verteidigungsminister bei seinem USA-Besuch verspricht, den Nato-Infrastrukturmaßnahmen-Etat von 150 auf 450 Millionen DM (fast 1/2 Milliarde!) zu erhöhen, jenen Etat, mit dem eben z. B. Raketenstellungen bei uns ausgebaut werden? Warum redet er jetzt schon davon, man könne ja auch nach Aufstellen der Raketen noch verhandeln?

Nein, wir sind Zeugen der gigantischsten Aufrüstung, die es je auf unserem Globus gegeben hat, und wir werden sie nicht überleben.

3. „Wer den Worten Christi folgen will, muß bereit sein, den Verlust der politischen Freiheit in Kauf zu nehmen.“ Als ob das noch die Alternative wäre! Die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Holocausts in den 80er Jahren liegt nach Meinung führender Friedensforscher bei 80 Prozent. Es geht, weiß der Himmel, nicht mehr um einen Kampf der Systeme, sondern es geht um die Frage, ob wir in diesem Jahrzehnt für alle Zeiten unsere Erde unbewohnbar machen und alles in Millionen Jahren entstandene Leben auf ihr ausrotten wollen oder nicht. Kein noch so hohes Gut, wie es die Freiheit zweifellos auch für mich darstellt, rechtfertigt diesen Preis. Die Situation ist dramatisch und sie wird durch die Stationierung der neuen Waffen noch ungleich dramatischer. Wenn unsere Bundestagsabgeordneten schon Leserbriefe schreiben, warum sagen sie unserer Bevölke-

rung nicht auch, daß die neuen Waffen nicht einfach eine Vermehrung des gegenwärtigen Waffenpotentials bedeuten, sondern Waffen unvergleichlich anderer Art sind? Durch ihre enorme Zielgenauigkeit hat der Gegner nur eine Chance zu überleben: Den Erstschlag.

Unsere Politiker beschwichtigen in unverantwortlicher Weise. Warum sagen sie den Menschen nicht, wie es nach einem Atomschlag auf dem Hunsrück aussieht: Menschen und Vieh verbrannt, verdampft, versaftet. Menschen, die nach der Todesspritze schreien, Epidemien, brennende Landstriche, verseuchte Nahrung? Wenn sie schon „aufklären“, dann bitte doch auch über den Preis, den wir zu zahlen haben.

Panikmache? In einem jüngst erschienenen Interview hat selbst Apel eingeräumt, die Möglichkeit eines „Atomunfalls“ werde aufgrund der extrem verkürzten Vorwarnzeit wahrscheinlicher. Auch der amerikanische SALT-II-Beauftragte, Paul Warnke, stellte fest, daß die neuen Waffen die Abschreckung für Europa nicht verbessern und uns Europäern mit unverhältnismäßigen Risiken belasten. „Wenn ich Europäer wäre, ich würde mich mit Händen und Füßen gegen die neuen Waffen wehren“, sagte er. Warum steigen denn immer mehr Generale und führende Militärs aus und wechseln über zur Friedensbewegung? Ihnen als Insidern kann man gewiß nicht vorwerfen, sie würden die Materie nicht genau kennen.

4. „Ein einseitiger Gewaltverzicht“ wird „keineswegs Frieden stabilisieren“. Soweit mir bekannt ist, redet niemand in der Friedensbewegung davon, alle Waffen fortzuwerfen und sich wehrlos dem Gegner zu ergeben. Natürlich geht es uns um gemeinsame Abrüstung, hüben wie drüben. Wir sehen aber nicht, daß im Westen wirklich ernstgemeinte Schritte in dieser Richtung getan werden, und die Formel „aufrüsten, um abzurüsten“ erscheint uns zu verlogen, um sie ernstnehmen zu können. Was wir vielmehr wahrnehmen, ist, daß ein amerikanischer Präsident seinem Volk verkündet, bis zum Jahr 2000 habe man den Kommunismus „in die Knie gezwungen“. Amerika müsse wieder Nr. 1 in der Welt werden, und zwar so, daß möglichst die Entscheidungsschlacht nicht auf amerikanischem, sondern auf deutschem Gebiet stattfindet (und es gibt deutsche Politiker, die dafür Verständnis äußern!).

Das Fortbestehen dieser Erde, die Zukunft unserer Kinder, sie hängen am seidenen Faden. Der Tod für Millionen Menschen, ja, für alle Lebewesen, wird gegenwärtig auf dem Hunsrück vorbereitet, der unausdenkbar schrecklichste Tod. Es wird Zeit, aufzuwachen und sich zu wehren.

Jutta Dahl, Pfarrerin

HZ 06.01.1983

„Grundgesetz verbietet den Angriffskrieg“

Zu: Geplante Stationierung von Marschflugkörpern bei Wüschheim.

„Nachdem sich die erste Betroffenheit über die Stationierung von atomaren Marschflugkörpern wieder gelegt hat, ist die Diskussion um das Für und Wider dieser Waffen in die Anzeigen der Hunsrücker Zeitung verlegt worden. In der Stellungnahme des Wüschheimer Ortsbürgermeisters (HZ vom 3. 12. '82), in der Anzeige im Anschluß an eine Informationsveranstaltung in Hundheim, in der von Nachrüstungsgegnern zu Weihnachten und in der Anzeige zu Silvester sprechen sich grundsätzlich alle gegen die Stationierung neuer Waffen hier im Hunsrück aus.

Die Unterzeichner des letzten Aufrufes jedoch vertreten unserer Meinung nach einen Standpunkt, der eher das Gegenteil vermuten läßt. Sie schreiben in so unsachgemäßer Art und Weise gegen die Vertreter der Friedensinitiative, daß dort, wo eigentlich Sachkenntnis stehen sollte, nur Emotionen zum Ausdruck kommen.

Ist es nicht sinnvoller, sich auf den gemeinsamen Friedenswillen aller zu besinnen, anstatt Bürger, die ebenfalls in Frieden und Freiheit leben wollen, mit dummen Ratschlägen zu bevormunden? Anzeigen in der Zeitung können öffentliche Diskussion und sachliche Information nicht ersetzen.

Wir sind der Überzeugung, daß die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen unsere Sicherheit bedroht, denn diese Raketen bedeuten nicht einfach eine größere Zahl von atomaren Vergeltungswaffen, sondern sind von ihrer Qualität her eine völlig neue Form von Angriffswaffen. Dadurch kann die Sowjetunion veranlaßt werden, in einer Konfliktsituation diese Raketen in einem Erstschlag auszuschalten. Für uns alle würde dies den sicheren Tod bedeuten.

Vom Angriffswert dieser neuen Raketen profitieren nur die Amerikaner, denn sie tragen nicht das Risiko, bei einem Angriff auf dieses Waffensystem vernichtet zu werden, obwohl nur sie Verfügungsgewalt darüber besitzen. Seit Dezember '82 sollen laut Planung ca. 3 400 luftgestützte und ca. 600 seegestützte atomare Marschflugkörper stationiert werden. Warum zu diesem riesigen Po-

tential noch 572 landgestützte Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert werden sollen, erscheint uns nicht mehr einsichtig.

An dieser Stelle soll noch einmal unmißverständlich klargestellt werden: Es geht uns darum, die geplante Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen zu verhindern und nicht um einen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Mitteleuropa, wie dies von einigen Vertretern der Friedensinitiative gefordert wird. In unserem Grundgesetz ist in Artikel 26 aufgrund der Erfahrungen aus den zwei Weltkriegen ein Angriffskrieg verboten. Es erlaubt auch nicht, daß unsere Regierung die Verteidigung unseres Landes mit der Vernichtung unseres ganzen Volkes bezahlt.

Wir fordern deshalb die Politiker aller Parteien auf: Setzen Sie sich für ernsthafte Verhandlungen in Genf ein, damit eine Stationierung von neuen Raketen in Mitteleuropa überflüssig wird. Stellen Sie sich der Diskussion mit den betroffenen Bürgern hier im Hunsrück und besonders bei uns in Wüschheim und zwar jetzt, und nicht erst, wenn der kommende Wahlkampf es Ihnen sinnvoll erscheinen läßt.

Gerd Moosmann, Wüschheim; Reiner Ludorf, Wüschheim; Norbert Dietrich, Unzenberg; Gerhard Reuther, Wüschheim.

HZ 06.01.1983

HZ 4

06.01.83

„Einseitiger Verzicht Selbstmord!“

Zu Leserbrief „Waffen sichern den Frieden nicht“ (HZ vom 17. 12. 1982):

„Den zweiten Weltkrieg konnte Hitler nur beginnen, weil er den größten Teil des Volkseinkommens in eine gigantische Rüstung hineingesteckt hat und die Weltmächte geschlafen haben. Auch die Sowjetunion rüstet auf Kosten eines weit geringeren Lebensstandards der Bevölkerung als bei uns. Dies zeigt sich insbesondere in Polen, das nach der DDR (1953), Ungarn (1956) und der CSSR (1971) durch Panzer und Kriegerrecht regiert wird.

Verstärkt stützt die Sowjetunion ihre Macht einzig und allein auf die militärische Stärke. Es ist irrig zu glauben, durch einseitigen Verzicht auf die Stationierung

von Atomraketen würde die Sowjetunion ablassen von ihrer aggressiven Ausdehnungspolitik. Im Gegenteil würde der Westen sich einhüllen lassen, wäre dies Selbstmord.

Wäre Afghanistan in der NATO gewesen, hätte die SU nicht angegriffen. Nur das überzeugende Bekenntnis zur NATO mit der notwendigen Konsequenz kann auch in Zukunft den Frieden in Freiheit erhalten. Nur dann wird auch die Diktatur im Osten bereit sein, kontrollierte Abrüstungsverhandlungen zu führen. Auch für den Westen gilt der marxistische Spruch: „Einigkeit macht stark!“.

Hermann Portugall, Argenthal

HZ 07.01.1983

„Weitere Stationierung ist Paradoxon“

Zu „Die Bürger nicht einseitig informieren“ von Dr. Wolfgang Rumpf (MdB): (HZ vom 29. 12. 1982):

„Wir begrüßen Ihre sehr ausführliche Stellungnahme zur Sicherheitspolitik als Abgeordneter der kleinsten im Bundestag vertretenen Fraktion (FDP).

Wir sind mit Ihnen einer Meinung: „Die Sowjetunion will sicher keinen Weltkrieg. Sie fühlt sich bestimmt auch von westlichen Waffentechniken bedroht“ (Zitat aus Ihrem Leserbrief!).

Wir gehen sogar noch weiter. Wir sagen: Auch die Vereinigten Staaten wollen sicher keinen Weltkrieg. Auch sie fühlen sich bestimmt von östlichen Waffen bedroht.

Aufgrund dieser Droh- und Zerstörungsfähigkeit besteht zwischen Ost und West ein zum Frieden zwingendes Gleichgewicht. Das Gleichgewicht der atomaren Waffen zwischen den Supermächten bemißt sich an der Fähigkeit, die nukleare Gegenmacht mit weitgehender Verwüstung zu bedrohen und diese Verwüstung auch herbeizuführen. Dieses Gleichgewicht wird nicht beeinträchtigt, wenn eine Supermacht über die obengenannten Fähigkeiten hinausgehende Nuklearpotentiale anhäuft, solange die andere Supermacht von diesen Potentialen nicht entwaffnet werden kann und ihr eigenes Arsenal auf einem zur Vernichtung der Gegenmacht ausreichenden Stand hält, ohne indes ebenfalls Überkapazitäten bereitzustellen.

Hieraus ist zu folgern: Eine weitere Stationierung von atomaren Waffen in der Bundesrepublik durch den NATO-Doppelbeschluß ist aufgrund der bestehenden „Overkill“-Kapazitäten (jede Supermacht kann die ganze Erde mehrere Male vernichten) nicht nur nicht notwendig, sondern wird zum Paradoxon dadurch, daß es von der UdSSR in einer Zeit äußerster Spannung als zwingend angesehen werden könnte, das besonders im landgestützten nuklearen Potential der NATO (die zukünftigen Cruise Missiles und Pershing II) vermutete Risiko

durch einen vorwegnehmenden Entwaffnungsschlag (Erstschlag) auszuschalten und das Risiko in Kauf zu nehmen, selbst mit Atomwaffen angegriffen zu werden.

Die sich aus dieser Darstellung — die so ebenfalls von namhaften Experten vertreten wird — ergebenden Folgerungen für eine Stationierung von Cruise Missiles im Hunsrück oder in der Eifel lauten folgendermaßen:

1. Eine Stationierung von zusätzlichen Mittelstreckenraketen hier oder anderswo ist abzulehnen, weil sich die UdSSR durch die neue Qualität der Cruise Missiles und Pershing II in Zeiten äußerster Spannung zu einem Erstschlag gezwungen fühlen könnte.

2. Die Bevölkerung muß vollständig über die — teilweise schon vorgenommenen — Stationierungsmaßnahmen informiert werden.

3. Die Bemühungen zur Schaffung eines atomwaffenfreien Ost- und Westeuropas müssen fortgesetzt werden. Dies schließt ein die Kürzung der Rüstungsetats (z. B. zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen) und ernsthafte Bemühungen bei den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

Soweit der Versuch, diese Position zu verdeutlichen und verständlich zu machen, und zwar möglichst „ehrlich“, informativ und unpolemisch.

Zum Schluß möchte ich nur noch einen Punkt aus Ihrem Leserbrief anmerken, der mich mehr als nur verwundert hat: Mir fiel auf, daß Sie mehrere Male Helmut Schmidt erwähnten und versuchten, ihn als Verfechter Ihrer eigenen Position hinzustellen. Es ist überaus unredlich, zuerst Helmut Schmidt im Bundestag das Mißtrauen auszusprechen und dann sein staatsmännisches Prestige, das er nach wie vor bei unseren Bürgern und im Ausland genießt, als „Wahlheifer“ für die Ziele gerade Ihrer Partei einzusetzen.“

Bettina Wieß, Unterbezirksvorsitzende der Jungsozialisten

HZ 28.01.1983

„Als wenn einmal Tod nicht ausreicht!“

Zu Leserbrief „Bürger nicht einseitig informieren“ von Dr. Rumpf, (HZ vom 29. 12. 82):

„Sie haben recht, Dr. Rumpf: „Die Bürger nicht einseitig informieren“. Aber: In dieser Frage, wo es um den Fortbestand der Menschheit geht, haben Sie, wie schon so viele Politiker, uns nur BILD-Zeitungsniveau zu bieten.

Zum wiederholten Mal, zum wievielten Male eigentlich noch (dies auch an die Anzeigenschreiber, die uns Heber in Moskau sehen würden): Die Friedensbewegung hier im Hunsrück, und soweit wir dies überschauen können, auch sonstwo, ist für einen schrittweisen Abbau der atomaren Waffen in Ost und West!

Anstatt jetzt genau zu informieren, schreiben Sie, daß neue Waffentechniken das Gefährdungspotential nicht zusätzlich erhöhen. Wer sich ernsthaft mit atomaren Waffen beschäftigt, kann so etwas nicht mehr schreiben: Sind Sie vielleicht nicht informiert genug, oder wollten Sie damit nur Wahlkampf betreiben? Ein Zitat von Albert Schweitzer, der bestimmt kein Grüner oder Kommunist oder von Moskau bezahlt war: „Wo es sich um Atomwaffen handelt, kann kein Volk zu seinem Gegner sagen: Nun sollen die Waffen entscheiden, sondern nur: Nun wollen wir miteinander Selbstmord begehen, indem wir uns gegenseitig vernichten“.

Auf beiden Seiten (Ost und West) ist ein Vernichtungspotential aufgebaut, daß uns mehr als 40mal vernichten kann. Als wenn einmal Tod nicht ausreicht. Das Schlimme ist, daß schon seit Jahren im Hunsrück solche Massenvernichtungswaffen gelagert sind; und um die geht es uns auch. Diese ständige Gefährdung muß weg (in Ost und West!).

Sie aber schüren weiter die Russen-Angst. Wenn man Politikern wie Ihnen immer geglaubt hätte, dann wäre der Russe schon „vorgestern“ in Deutschland einmarschiert, da er uns ja schon immer, und erst recht heute, militärisch überlegen ist.

Sie informieren aber wieder falsch: Ein schwedisches Friedensforschungsinstitut (SIPRI) hat Zahlen veröffentlicht, aus denen klar hervorgeht, daß erst die USA und dann, mit zum Teil neun Jahren Verspätung, die UdSSR ein neues Waffensystem einführte. Genügend Generäle sagen eindeutig, daß der Westen den Russen technisch mindestens ebenbürtig ist.

Sie reden aber auch einseitig von der eventuell in Genf „nicht kompromißbereiten“ Sowjetunion. Schon vor über fünf Jahren hat das Pentagon Verträge über die Produktion und den Ankauf der Cruise missiles und der Pershing II (die von ihrer Technik her eindeutig Erstschlagwaffen sind) mit amerikanischen Rüstungsfirmen abgeschlossen. Schon vor drei Jahren hat eine Koblenzer Baufirma

im Wüschheimer Wald begonnen, neue Bunkereinlagen für diese Waffen zu bauen (geplant war eine Baustelle mit ca. 1500 Bauarbeitern). Diese Baumaßnahmen wurden unterbrochen durch die Genfer Verhandlungen. In Genf wird die „Null-Lösung“ verhandelt: Wie Sie, Dr. Rumpf, richtig bemerken, sollen die UdSSR alle ihre Raketen abbauen, aber die NATO-Staaten keine einzige. „Tust du alle deine Raketen weg, tue ich zu meinem vorhandenen keine neuen dazu“; so sieht das Angebot der USA an die UdSSR aus. Was sind denn das für Verhandlungen!? Für wie dämlich halten sie eigentlich den Bürger, und damit auch uns?

Wir glauben nicht mehr an die Ernsthaftigkeit der Genfer Verhandlungen (somit können wir dort auch nichts gefährden) von seiten der USA. Die Vorbereitungen im Hunsrück (siehe „Stern“-Artikel) sind in vollem Gange. Dies bestätigt ein Kollege von Ihnen, der Bundestagsabgeordnete Herberholz. Da die amerikanische Rüstungsindustrie ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die USA ist, kann den USA an einem Erfolg in Genf überhaupt nicht gelegen sein (wenn sie dies überhaupt je wollten).

Wir müssen unsere Sicherheit selbst in die Hände nehmen. Fangen wir doch in Deutschland mit vertrauensbildenden Maßnahmen an, und schaffen wir ganz viele atomwaffenfreie Zonen. Die Friedensbewegung hier hat aber dabei nicht die „Augen vor den Waffenarsenalen des Ostens verschlossen“. Dies ist wieder eine dieser Halbwahrheiten, die wir an dem Leserbrief des Dr. Rumpf bemängeln. Auch wir haben das Ziel, eine gesamteuropäische atomwaffenfreie Zone zu schaffen, bei der auch die chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen nicht ausgeklammert werden dürfen.

Aber, wer Polen in den Mund nimmt, muß auch Türkei (ein NATO-Staat) sagen. Wer Afghanistan sagt, muß auch Chile, El Salvador und Guatemala sagen. Dies gehört zu einer ausgewogenen Information dazu. Hierzu ließe sich abschließend feststellen: Die USA sind doch nicht hier, weil sie uns Deutsche so gern haben. Die haben konkrete machtpolitische Interessen, genauso, wie es die Russen in der DDR haben! Darum auch: Hunsrück, atomwaffenfreie Zone. Es geht tatsächlich ums Überleben, Herr Dr. Rumpf.“

Hermann Diehl, Helmut Jordan, Mitglieder des „Holzbacher Friedensstammtisches“

„Bravo!“

Zu: „Es wird Zeit aufzuwachen“ (HZ vom 6. 1. 83):

„Ein Bravo der Pfarrerin Jutta Dahl; so was hätte ein Katholik nie geschrieben!“

Fritz Bovermann, Simmern

HZ 08.01.1983

Mann von Format

Zu: Leserbrief „Ein Mann von Format“
(HZ vom 22. 12. 82):

„Herr Weirich aus Simmern hat keinen Grund sich zu freuen, als er seinen Leserbrief in der HZ veröffentlicht fand. Auf welches Niveau droht der kommende Wahlkampf zu sinken? Da wird dem CDU-Abgeordneten Walter Mallmann vorgeworfen, daß er kein Abitur habe. Ist das Ihr Ernst Herr Weirich? Als „Mann aus dem Volk“ hat er sich der Sorgen und Nöte der Bürger angenommen und in der Sprache seiner Wähler konnte er sich mit ihnen verständigen und hat in fast allen Fällen helfen können.“

Der „Sprache“ des betreffenden Leserbriefes fehlt allerdings das gewisse Fingerspitzengefühl.

Walter Mallmann war immer ein „Arbeiter“ für seine Bürger und hoffentlich bleibt er als Mann von Format noch

lange für unseren Kreis und unser Land erhalten.“

Josef Schmitt, Hirzenach, Rheinstr. 7

Hosianna rufen?

Zu: Bericht über Demonstration am Simmerner Bahnhof (HZ vom 10. 1.):

„Ich bin 63 Jahre alt, habe 4 1/2 Jahre sibirisch-russische Gefangenschaft hinter mir. Wenn ich mir solche Bilder anschauen muß, kommt mir das Kotzen.“

Wenn man die Gesichter in Ihrer Zeitung anschaut, weiß man sowieso nicht, was Mann oder Frau ist, und wenn diese ihre eigenen Kinder vor diese Panzer stellen, dann gute Nacht. Auch mußten deutsche Polizisten eingesetzt werden, die ja vom Steuerzahler bezahlt werden müssen, und die an anderen Stellen dringend benötigt werden.

Was würde diese Gesellschaft wohl sagen, wenn in Simmern russische Panzer ausgeladen würden?

Würde man Hosianna rufen und Palmen streuen? Jakob Sprungk, Kastellaun

HZ 13.01.1983

„Räder dürfen nie mehr rollen . . .“

Zu: Leserbrief von Jakob Sprungk, Kastellaun „Hosianna rufen“, (HZ vom 13. 1. 83):

„Auch mir kommt „das Kotzen“, wenn ich solche sich selbst disqualifizierenden Beiträge lese. Der Name „Friedensbewegung“ läßt selbst für den nicht mit der Materie vertrauten Bürger eindeutig darauf schließen, daß russische Panzer und andere Waffensysteme anderer Länder ebenso abgelehnt werden, wie amerikanische und bundesdeutsche Waffen. Herr Sprungk sollte aufgrund seiner viereinhalb-jährigen Sibirien-Kenntnisse vielleicht auch für den Frieden eintreten, damit es anderen Leuten nicht nochmals genauso oder ähnlich ergeht.

Oder sollten wir es wieder so machen wie vor 45 Jahren, als man Mann und Frau an der Haartracht usw. noch ein-

deutig auseinanderhalten konnte, weil noch Zucht und Ordnung herrschte? Die Räder dürfen nie mehr rollen, weder für noch gegen irgendjemand, weil dies das absolute Ende bedeuten würde!

Ich habe keine Probleme, bei Betrachtung der Bilder Männlein und Weiblein zu unterscheiden, und sehe dies auch als völlig nebensächlich an. Wenn die Freiheit, so herumzulaufen wie immer man will, auch noch beschnitten wird, dann gute Nacht, Herr Sprungk. Mich selbst kann übrigens jedermann an Bart und kurzem Haar als „wahrscheinlich männlich“ erkennen. Ich schäme mich allerdings, weil ich nicht so aktiv dabei bin, für eine friedliche Zukunft zu kämpfen, so wie es diese nicht zu identifizierenden Leute tun.“

Helmut Landmesser, Dorweiler

Schädigung nicht mit Geld auszugleichen

Zu: „Blockade auf dem Bahnhof sollte Abladen von Panzern verhindern“ (HZ vom 10. 1. 1983):

„Es wirkt ermutigend zu sehen, mit welcher Entschlossenheit Mitglieder der Friedensbewegung versuchten, das Abladen von Panzern in Simmern zu blockieren. Schließlich war dies der Auftakt zu einer Großübung der 8. US-Inf.-Division, die wir hier so schnell nicht mehr vergessen werden.

In Divisionsstärke (bis zu 10 000 Soldaten) sind die Amerikaner mit Hilfe der Deutschen Bundesbahn in den Hunsrück gekommen, haben ganze Dörfer in Beschlag genommen (Gemünden), lassen mit ihrer Rumfahrerei Tag und Nacht die

Bevölkerung nicht mehr zur Ruhe kommen, pflügen mit ihren schweren Fahrzeugen die Wege um und füllen in Wasserschutzgebieten Benzin und Diesel ab, was besonders fahrlässig und gefährlich ist.

Ein Flurschaden kann zwar entschädigt werden, jedoch die durch die ständigen Manöver hervorgerufene Schädigung der Natur und nicht zuletzt unserer Lebensqualität auf dem Hunsrück kann niemand in Geld ausgleichen. Das hat auch die Friedensbewegung erkannt, und deshalb will sie sich entschlossen gegen derartige Manöver auf dem Hunsrück wehren.

Jochen Dohm, Schneppenbach

HZ 18.01.1983

... eine Aktion für den Frieden

Zu „Blockade auf dem Bahnhof sollte Abladen von Panzern verhindern“ (HZ vom 10. Januar) und Leserbrief „Hosianna rufen“ (HZ vom 13. Januar):

„Als Teilnehmer an der Protestaktion auf dem Simmerner Bahnhof möchte ich zuerst der Redaktion der Hunsrück-Zeitung für den meiner Meinung nach guten und objektiven Artikel danken.

Unsere Blockade war weder eine anti-amerikanische, noch eine pro-sowjetische Demonstration, sondern eine Aktion für den Frieden. Ich fühle mich nicht nur durch Raketen aus Ost und West bedroht, ich fürchte mich ebenfalls von den modernen konventionellen Waffen, die in der Lage sind Europa innerhalb weniger Wochen vollkommen zu zerstören.

Ich muß jedoch gestehen, daß diese Art der Demonstration nicht die Beste ist. Unsere Politiker, die Männer von Format, haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Hunsrück nicht als Waffenlager und Übungsgelände der Militärs mißbraucht wird. Unsere Blockade wurde von der amerikanischen Seite toleriert, ein Offizier warnte seine Soldaten vor Provokationen, da wir das Recht haben, gegen ihre Waffen zu demonstrieren. Die Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn sahen das allerdings nicht so, sie riefen nicht nur zehn Minuten nach Beginn unserer Aktion die Polizei, sondern die Bahnarbeiter und der Bahnhofsvorsteher betätigten sich aktiv als Hilfspolizisten. Ich meine, die Polizeibeamten hätten ihre Pflicht auch ohne fremde Hilfe getan.

Nun möchte ich noch einige Bemerkungen zu einem Leserbrief eines Weltkrieg-II-Gefangenen anschließen. Ich

kann verstehen, daß Herr Sprungk, aufgrund seiner Erfahrungen in Sibirien, Angst vor einem sowjetischen Angriff hat, jedoch glaube ich, daß auch die Völker Osteuropas sich vor einem neuen Krieg fürchten. Welches Volk überfiel im zweiten Weltkrieg Osteuropa, um neuen Lebensraum zu gewinnen? Damals kamen 20 Millionen Sowjetbürger ums Leben, ein Vielfaches mehr als Deutsche. Historiker forschen immer noch, in welchen Gefangenenlagern die Sterblichkeitsrate höher lag, in deutschen oder in russischen?

Herr Sprungk beklagt sich darüber, daß der deutsche Steuerzahler die Polizeiaktion finanzieren muß. Er sollte sich erst einmal über die Manöverschäden informieren; vorsichtige Schätzungen rechnen mit einem Betrag von 25 Millionen DM. Ein amerikanischer Soldat äußerte mir gegenüber, daß die Entschädigungsforderungen vermutlich noch viel höher liegen werden. Für einen großen Teil der Manöverschäden muß der deutsche Steuerzahler aufkommen.

Weiterhin wird gefragt, was wir tun, wenn russische Panzer abgeladen werden. Wir werden mit Sicherheit nicht Hosianna rufen und Palmen streuen, sondern uns auch vor die russischen Waffen stellen, und für den Frieden eintreten. Was das Problem betrifft, daß Herr Sprungk auf den Zeitungsfotos nicht erkennt, was Mann oder Frau ist, gebe ich ihm den Rat, einen Facharzt aufzusuchen. Vielleicht entdeckt dieser einen Sehfehler, denn so schlecht sind die Fotos nicht.“

Markus Braun, Kirchberg

„Der Hunsrück soll verdrahtet werden“

Zu: Berichten und Leserbriefen über die geplante Hochspannungsleitung Simmern-Sohren.

„Von Entrüstung ist nichts zu spüren; von wirklich gravierenden Gegenargumenten ist wenig zu lesen. Der Hunsrück soll verdrahtet werden.

Dabei haben weder RWE noch Bezirksregierung bisher den Beweis erbracht, daß die 110-KV-Leitung notwendig ist. Es wird von „künftigen“ Engpässen geredet. Als habe es in der Vergangenheit keine gegeben. Und künftig? Jeder weiß, daß es mit den Zuwachsraten vorbei ist. Es wird gespart.

Es ist im Hunsrück wie anderswo: die E-Werke wollen ins Wärmegeschäft einsteigen. Es wird zu viel Strom produziert, den man verkaufen will. Die Bedarfsprognosen gehören, was längst erwiesen ist, eher ins Reich der Fantasie.

Vor dem Hintergrund fragwürdiger Berechnungen also soll unser Lebensraum verdrahtet oder, wie das die Landespfleger nennen, optisch verschmutzt werden.

Warum zwingt man die Stromerzeuger nicht, die Leitung — sollte tatsächlich Bedarf sein — in den Boden zu legen? So lange man häßliche Hochspannungsmasten von 40 Meter Höhe für ebenso un-

ausweichlich hält, wie Regen und Schnee, so lange wird sich in Weiterentwicklung und Forschung für Erdkabel auch nichts bewegen. Und selbst, wenn ein Erdkabel fünfmal so teuer sein sollte wie eine hochgespannte Leitung: wie teuer ist unsere Landschaft?

Wird der Hunsrück dichter besiedelt werden? Nein. Wird mehr Industrie kommen? Kaum. Warum setzen wir nicht — auch im Blick auf Arbeitsplätze — auf Landschaftserhaltung und auf den einmaligen Hunsrück als Land der Naturfreunde und Erholung Suchenden? Ist die West-Ost-Trasse erst einmal da, dann könnte das RWE für den Transfer noch eine 380-KV-Leitung fordern. Nicht zum erstenmal würde die Salami-Taktik angewandt.

Dann könnte man den Fremdenverkehrsverein, der mit schönen Bildern von weiter Hunsrück-Landschaft und Stadtsilhouetten wirbt, nur noch empfehlen: stampft die Prospekte ein.

Soll der berühmte Schlaumeier im Norden wie ein Hase über die B 50 hüpfen und im Süden unter Starkstrom wandern?

Dr. Gerhard Heufelder, Maitzborn

HZ 17.01.1983

„ . . . solange es noch nicht zu spät ist“

Zu den derzeit im Hunsrück stattfindenden Militärmanövern:

„Ich wachte heute morgen plötzlich durch Panzerkettengerassel auf. Seitdem höre ich ständig Panzer-, Hubschrauber- oder Tieffliegerlärm — erschreckend und unheimlich. Wenn es einmal ruhig ist, sieht es tatsächlich aus wie ein Spiel, aber dann wieder ein Tieffliegerangriff. Wenn ich mir klar mache, daß es bei einer solchen Folge von Tieffliegerangriffen wohl keine Überlebenden gäbe, wird es mir schlecht. Die Hubschrauber und Panzer fahren weiter, als wäre alles ein Spiel. Aber es ist kein Spiel!

Hier wird der Einsatz hochwirksamer Waffensysteme geübt! Das ist notwendig, damit sie in einem zukünftigen Krieg tausendfachen Tod bringen können. Dieses Üben macht einen Krieg erst möglich.

Aber wann begreifen wir endlich, daß heute auch in einem sogenannten kon-

ventionellen Krieg über 90 Prozent der Toten Zivilisten sein werden? Es trifft uns alle! Ist es da nicht normal und sinnvoll, auf den Ernst der Sache, auf die Gefahr hinzuweisen und sich dagegen zu wehren? Ich fühle mich jedenfalls mit 24 zu jung zum Sterben und möchte deshalb gegen jede Kriegsvorbereitung kämpfen, solange es noch nicht zu spät ist. Ich möchte dies gewaltfrei tun, wie das bei der Behinderung des Panzerbeladens am Simmerner Bahnhof geschah. Wie Herr Jakob Sprungk aus Kastellaun das „zum Kotzen“ finden kann, ist mir unverständlich.

Ich würde mich übrigens auch russischen Panzern gewaltfrei widersetzen, denn Gewalt erzeugt nur Gegengewalt. In diesem Sinne wünsche ich uns allen Frieden und hoffe, daß viele Hunsrücker sich gewaltfrei dafür einsetzen.“

Peter Dierschke, Gemünden

H2 19.07.1983

„Nichts dazugelernt“

Zu Leserbrief „Hosianna rufen?“ (HZ vom 18. 1. 1983):

„Pfui, Herr Sprunk! Beim Betrachten von Fotos, auf denen Menschen für weniger Waffen demonstrieren, kommt Ihnen das „Kotzen“ (Zitat aus Ihrem Leserbrief). Mir fällt bei Ihrem Leserbrief nur ein: 63 Jahre und nichts dazugelernt.

Denken Sie doch einmal darüber nach, warum Sie viereinhalb Jahre lang in sibirisch-russischer Kriegsgefangenschaft waren!? Seien Sie dankbar, daß die Zeit der militärisch kurzen Haarschnitte und der Sieg-Heil-Brüllerei vorbei ist! Diese Zeit darf niemals wiederkehren. Dafür arbeitet die Friedensbewegung in aller Welt.“

Klemens J. Probst, Sohren

**HZ 17
21. 01. 83**

Rechtfertigen Arbeitsplätze diesen Wahnsinn?

Zu „Geheimhaltung entspricht mehr der seriösen Sicherheitspolitik“ (RZ vom 21. Januar 1983):

„Alle Besucher der CDU-Veranstaltung im Simmerner Schloß unter dem Motto „Friedenserhaltung — Friedensgestaltung — Abschreckung — Abrüstung“ mit Dr. Alois Mertes sind zum Mitmachen bei der Beantwortung folgender Preisrätselfragen herzlichst aufgefordert. Jeder, der die Ausführungen Dr. Mertes aufmerksam verfolgt hat, wird schnell die richtigen Antworten gefunden haben.“

Frage 1: Über die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Atomraketen hat die Bundesregierung keinerlei Verfügungsgewalt. Einzig und allein entscheidet die USA über deren Verwendung und Einsatz. Bei einem Konflikt zwischen USA und der UdSSR kann es zu einem auf Europa begrenzten Atomkrieg kommen. Die Bundesrepublik wird dabei mit Sicherheit ausradiert, obwohl dieses Land an der Konfliktentstehung wahrscheinlich gar nicht beteiligt war. Welches Land wurde nun am stärksten getroffen: a) Japan, b) Brasilien, c) Bundesrepublik?

Frage 2: Jede der beiden Großmächte USA und UdSSR ist in der Lage mittels Aufklärungssatelliten Fotos von der Erde zu machen, auf denen sogar ein Golfball noch klar zu erkennen ist. Jede Bewegung eines wichtigen Rüstungsgutes kann vom Feind registriert werden. Bei uns unterliegen nun die Standortplätze für die neuen Cruise-missiles-Raketen der militärischen Geheimhaltung. Wird die Bevölkerung dadurch a) aufgeklärt oder b) für dumm verkauft und ruhig gehalten?

Frage 3: Wenn die Bundesrepublik an Indien zwei U-Boote liefert, die mit Atomraketen bestückt werden sollen, so handelt sie a) christlich, denn durch U-Boote können Tausende in Indien vor dem Hungertod bewahrt werden, b) wahlstrategisch äußerst geschickt, denn durch erhaltene Arbeitsplätze (auf einer Hamburger Werft) läßt sich bald jeder Wahnsinn rechtfertigen?

Frage 4: 1951 lehnte Adenauer durch Erlaß eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ab, da er zu befürchten hatte, die Mehrheit der Bevölkerung könnte sich gegen

seinen Plan aussprechen, die Bundesrepublik wieder zu bewaffnen und der NATO anzuschließen; seine Begründung: Das Grundgesetz kennt keine Volksbefragung (24. 4. 51). Handelte Adenauer als a) demokratischer Staatsmann, b) einer, dem die 50 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges noch nicht genug waren?

Frage 5: Dr. Mertes beklagt sich darüber, daß er noch keine Demonstration gesehen habe, bei der die Bekanntgabe der Standorte von russischen Atomraketen verlangt wurde. Er beklagt sich darüber, weil er a) glaubt, daß die Standorte von russischen Raketen etwa im Ural für Hunsrücker Bürger wichtiger sind als die etwaige Stationierung von amerikanischen Raketen in Wüschheim, oder b) weil er den „Geht-doch-nach-drüben“-Diskussionsstil der CDU pflegt, vom Dreck, der vor der eigenen Tür liegt, ablenkt und sich obendrein den Beifall seiner Anhängerschaft sichert?

Die Buchstaben der richtigen Antworten auf eine Postkarte schreiben und senden an: Manfred Karl, Hauptstraße 22, 6541 Reich. Es entscheidet das Los. Als erster Preis winkt ein ganztägiger kostenloser Aufenthalt in Reich mit einem Spaziergang ins benachbarte Wüschheimer Faas.“

Manfred Karl, Reich

„Nehmen Sie das ernst?“

Zu: Leserbrief RZ Nr. 14 vom 18. Januar 1983:

„Meinen Sie das eigentlich ernst, was Sie als Text zu dem Bild vom Militärkonzert in Gemünden in der RZ vom 18. Januar geschrieben haben?

Finden Sie es witzig, wenn aufgeweckte Bürger trotz Hänselei und Verarschung auf die Straße gehen und gegen ein Manöver und das militärische Getue drumherum demonstrieren?

Sind zerstörte Felder, Wiesen und Wege, von Treibstoff verseuchte Erde oder gar ein Unfall mit Todesfolge kein Grund zur Demonstration?

Wie gut, daß es noch Bürger gibt, die den Frieden störende Demonstranten mutig von der Straße zerren!

Udo Dreher, Kirchberg

„Protest war ein symbolischer Akt!“

Zu Leserbrief „Hosianna rufen?“ (HZ vom 13. Januar 1983):

„Wieder einer, dem beim Anblick friedlich demonstrierender Menschen ‚das Kotzen‘ kommt. Herr Sprungk hat zwar Krieg und Gefangenschaft miterlebt, aber hat er schon mal über unsere momentane Situation nachgedacht? Wer die Lage erkennt, der weiß, daß der nächste Krieg für die Bundesrepublik kein Verteidigungsfall, sondern ein Vernichtungsfall sein wird. „Wer seine Lage erkannt hat — wie soll der aufzuhalten sein?“ (Brecht). Und: Wie soll der, der seine Lage erkannt hat, seinen Kindern gegenübertreten? Er wird und muß sie ganz bewußt in die Friedenarbeit miteinbeziehen.

Ansichts der mörderischen Aufrüstung in Ost und West betrachten es

viele Menschen als ihre Pflicht, Widerstand zu leisten. Der Protest gegen das Abladen von Panzern am Simmerner Bahnhof war ein symbolischer Akt gegen den laufenden Rüstungswahnsinn.

Herr Sprungk wird weiterhin seiner Schwarz-Weiß-Malerei treu bleiben: Eine Gruppe, bei der man nicht weiß „was Mann oder Frau ist“, wird von vornherein abqualifiziert, mit „russischen Panzern“ wird gedroht.

Gott sei Dank sind viele Menschen im Hunsrück nicht ‚duldsamer‘ als anderswo; auch dort wird die Zahl derer zunehmen, die sich mit phantasievollen Aktionen gegen ein Kriegsfall-Denken, gegen die Gewöhnung an sichtbare Militärgewalt zur Wehr setzen!“

Ulrike Petry, Alterkülz

„... dann gibt es kein Überleben mehr“

Zu „Hosianna rufen?“ (HZ vom 13. Januar 1983):

„Leider waren Sie, Herr Jakob Sprungk, nicht anwesend. Bei der Demonstration auf dem Bahnhofsgelände hat ‚keiner‘ seine Kinder vor die Panzer gestellt! Die Eltern, die ihre Kinder mit dabei hatten, kamen nur ihrer Aufsichtspflicht nach, die gesetzlich festgelegt ist.

Diese Eltern haben vielleicht demonstriert, weil sie verhindern wollen, daß es einen dritten Weltkrieg gibt. Denn es waren Panzer, die dort abgeladen wurden. Keine Pkw's sondern Waffen, die zum Töten hergestellt sind, wurden abgeladen. Waffen, die auch in Friedenszeiten Menschen töten! Egal, ob beim Manöver „aus Versehen“, oder dadurch, daß anderen das Geld fehlt, um sich etwas Essen zu kaufen (in Afrika, Asien und Südamerika). Und allein aus diesen Gründen sollte man gegen jegliche Rü-

stung sein, die auf Dauer immer einen Krieg vorbereitet.

Ein Transparent, das ein älterer Mann umgehängt hatte, zitierte Jesus: „Wer das Schwert erhebt, wird durch das Schwert umkommen“. Dieser Satz sollte von jedem wahren Christen bedacht werden und erst recht von Ihnen, da sie — meiner Ansicht nach — nichts aus den vier-einhalb Jahren Gefangenschaft gelernt haben. Wissen Sie, warum Sie dort waren? Nicht, weil Rußland Deutschland angegriffen hat, sondern weil es sich verteidigt hat. Bitte, bedenken Sie das!

Und heute ist die Rüstung wieder soweit, nur gibt es dann kein Überleben mehr, sondern nur verbrannte Erde. Der Westen ist dabei nicht besser als der Osten. Beide haben zuviel Waffen, und es ist auch möglich, auf fünf Prozent zu verzichten, ohne daß „der Russe“ kommt, denn dann sind immer noch genug vorhanden.“

Ralf Kauer, Kirchberg

HZ 27
26.01.83

„10 000 Amis sind mir lieber . . .“

Zu Leserbriefe „Räder dürfen nie mehr rollen . . .“ und „Schädigung nicht mit Geld auszugleichen“, (HZ vom 18. 1. '83):

„Mir ist eigentlich nie klar gewesen, was diese Leute eigentlich wollen? In Sicherheit leben, aber keinerlei Beiträge dazu leisten. Seit 1945 rollen, veranlaßt durch die SU, die Räder ununterbrochen: Ungarn, Tschechoslowakei, Angola, Afghanistan — von der DDR gar nicht erst zu reden.

Selbst wenn man ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis der SU voraussetzt, ist die Überrüstung, die vom Osten betrieben wird, doch der reinste Wahnsinn. Zugegeben, die Amerikaner sind auch

keine Engel, man denke nur an Mittel- und Südamerika.

Trotzdem! Mir sind kurzfristig 10 000 Amis auf dem Hunsrück lieber als Hunderttausende Russen, Tataren, Kirgisen und Kalmücken.

Gern möchte ich einmal Friedensbewegungsanhänger und sonstige Demonstranten sehen, die Manöver im Osten behindern. Gefängnisse und Lager gibt es ja genug.

Freiheit ist gut! Aber Narrenfreiheit? Ja, da kommt einem wirklich das Kotzen, wie ein Schreiber so schön schreibt . . .“

Egon Krieger, Boppard

Betroffen über die Manöverunfälle

Zu den Unfällen bei den derzeit im Kreisgebiet stattfindenden Militärmanövern:

„Betroffenheit! Betroffenheit, da zwei Frauen während des zur Zeit auf dem Hunsrück stattfindenden Manövers der US-Streitkräfte in zwei Verkehrsunfälle mit Militärfahrzeugen verwickelt wurden und ihr Leben dabei ließen. Durch die Unberechenbarkeit der Militärfahrzeuge, die anderen Verkehrsteilnehmern die Vorfahrt nehmen, ohne jegliche Rücksicht und dadurch solche Situationen hervorrufen.

Zwei schwerverletzte Jugendliche und zahlreiche Personen, die selbst nochmal

mit einem Schrecken davongekommen sind, deren Fahrzeuge aber total zerstört wurden — dies ist das Resultat des jetzigen Manövers. Bis jetzt?!

Kaum nennenswert noch die Schäden in unserer Hunsrücker Umwelt durch auslaufendes Benzin (laut HZ-Bericht 1 600 Liter), Flurschäden, die durch die schweren Militärfahrzeuge auf nassem Boden entstanden sind, Spazierwege, die kaum noch benutzt werden können.

Betroffenheit ist in mir, Angst und Hilflosigkeit wegen dieser sinnlosen Kriegsspielerei.“

Doris Hetzel, Mutterschied

HZ 37.01.1983

„Es gibt genügend eingezäuntes Gelände“

„In der Ausgabe vom 10. 1. 83 brachten Sie einen Bericht über eine Protestaktion der Friedensbewegung, der möchte ich mich in dem Leserbrief anschließen, aus folgendem Grund: Ich bemühe mich seit Jahren um den Fremdenverkehr auf dem vorderen Hunsrück, mit dem Erfolg, daß nicht Familien mit Kindern ihre Ferien hier verbringen, sondern Militärs mit allen ihren schweren Waffen, Fahrzeugen und Nutzlosigkeit. Es gibt in der Bundesrepublik genügend eingezäuntes Gelände für Sandkasten-Spieler, warum unsere schöne Heimat?

Zweitens bin ich gegen jede Form von Planspielen, die nur einen Zweck verfolgen: Leid und Elend über die Menschen zubringen. Von den Kosten, die verursacht werden, ganz zu schweigen.“

Egon Weuster, Sabershausen

Bevölkerung vertreten, nicht opfern!

Zu „Geheimhaltung entspricht mehr der „seriösen Sicherheitspolitik“ (HZ vom 21. Januar 1983).

„Der Landtagsabgeordnete Walter Mallmann, Gastgeber des Abends, erklärte, daß, wenn die Genfer Verhandlungen nicht zu dem Erfolg führen würden, daß zukünftig keine SS 20 auf uns gerichtet seien, der 2. Teil des NATO-Doppelbeschlusses in Kraft trete.“ Und es sei ihm klar, daß da auch ein engerer Teil seiner Heimat nicht ausgeschlossen werden könne.

Herr Mallmann, könnten Sie bitte (und bald!) irgendwo in ein größeres Wüstengebiet übersiedeln und dort den „engeren Teil ihrer Heimat“ opfern? - Im voraus Danke!

Meine Meinung war bisher, unsere Abgeordneten sollten die Bevölkerung ihrer Region vertreten, nicht opfern!“

Inge Kaestner-Schindler, Riesweiler

HZ 26

01.02.83

Wir sind Gefangene unserer Abschreckung!

Zu Bildtext „Der Frieden . . .“ (HZ vom 18. Januar 1983):

„Welche Gegensätze der Erkenntnis sind in dieser Darstellung enthalten: Auf der einen Seite: Tschingdarassa, Bumdarassa der Militärkapelle, das die Gefühle an früher, von Zucht und Ordnung, von Glanz und Gloria mal wieder verspüren läßt! Dabei beginnt in mir die Stimme des damaligen Verführers in den Ohren zu raunen: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ „Ja-a-a-a!“

Und wollen wir heute nicht dasselbe, wenn wir es zulassen, daß in diesem Jahr die Cruise missiles und Pershing II stationiert werden und in den nächsten fünf Jahren u. a. Europa zu einer perfekten Abschlußbasis ausgebaut werden soll?

Die Großeltern- und Elterngeneration, wozu ich gehöre, kann heute nicht nochmal sagen, daß sie davon nichts gewußt habe, wie es damals vielfach der Fall gewesen ist! Heute wissen wir, daß eine immer größere Ansammlung von Atomraketen, ganz egal ob für Abschreckung oder Gleichgewicht, einen Atomkrieg auslösen wird, da die Technik den Menschen letzten Endes zu dem Druck auf den „Knopf“ verführen wird.

„Bete mich an und ich lege dir die ganze Welt zu Füßen“, sagt der Teufel zu Jesus Christus in der Wüste.

Auf der anderen Seite hält uns unsere Jugend ihre Vorstellung vor Augen: Frieden und atomwaffenfreie Zone für den Hunsrück (diese Forderung ist nicht so utopisch wie das „Pulverfaß“, worauf wir hier alle sitzen, dessen Ausmaß sich noch kein Mensch vorstellen kann!). Die Jugend hat noch ein Gespür für Gut und Böse! Unsere Wege, die wir von unseren

Verfahren weiterführen konnten, sind so ausgefahren, daß die Generation nach uns gar nicht mehr darin gehen kann und darf! Denn die Situation von heute ist noch nie in der Geschichte der Menschheit da gewesen: Der Mensch hat sich eine Macht angeeignet, womit er die Schöpfung auszulöschen vermag!

Und die Friedensbewegung hier und in vielen anderen Ländern will uns immer wieder darauf aufmerksam machen. Wir müssen aufwachen aus unserer Bequemlichkeit, die da heißt, daß wir doch nichts dagegen tun können! Die Politiker brauchen die Basis des Volkes!

Unsere Jugend hat nichts gegen den amerikanischen Menschen: Sie trägt ja seine Jeans und hat auch viel von seinem Lebensstil übernommen; aber gegen das amerikanische System, welches wie das russische die Weltherrschaft auf Kosten anderer Völker anstrebt, protestieren sie zu Recht!

Und wenn wir bei ihnen oft nicht mehr Männlein und Weiblein unterscheiden können, so ist das für mich ein Zeichen, daß die Welt auf dem Kopfe steht, aber nicht durch unsere Jugend!

Wer ist hier der praktizierende Christ? Diejenigen, welche die Vernichtung der Welt vorbereiten oder diejenigen, vor der Rüstungspolitik warnen, welche die Katastrophe bedeutet?

„Und die Bevölkerung zerrte sie von der Straße“, weil uns ihre Proteste stören! Haben wir es noch nicht erkannt, daß wir Gefangene unserer Abschreckung geworden sind?

Laßt uns auf die Stimme von Jona hören und umkehren wie Ninive!“

Elisabeth Bernhard, Dillendorf

27.21.83
HZ 22

Unsere Verbündeten nicht ständig anmisten!

Zum Thema der eventuellen Stationierung von Mittelstreckenraketen im Hunsrück:

„Ich habe immense Angst vor SS 20 und russischem Kriegsgerät. Ich habe weniger Angst vor Pershing II und amerikanischem Kriegsgerät (das zielt wenigstens nicht auf uns). Die größte Angst jedoch habe ich vor der sogenannten „Friedensbewegung“, die den Frieden kaputt demonstriert und unsere Verbündeten, sprich: Amerikaner, ständig anmistet.

Es nimmt Wunder, wie es die „Friedensbeweger“ schaffen, mobile Einsatzkommandos überall und zu allen Gelegenheiten zu entsenden. Mal abgesehen davon, daß diese Leute anscheinend jede Menge Zeit hierfür zur Verfügung haben, fragt man sich, wie dieses finanziell wohl möglich sei?

In der „Welt am Sonntag“ wurde dieses vor drei Wochen aufgezeigt. Darin steht in einem größeren Artikel auf der ersten Seite klar, daß die Friedensbewegung von Moskau gesteuert wird. In der DDR gibt es sogar Trainings-Camps, die die Köpfe und Leiter der Friedensbewegung, ja sogar ihre Kinder in wöchentlichen Lehrgängen im Unterminieren unserer Werte und unserer Freiheit schult. Ein Beweis ist doch schon, daß diese „Friedensbeweger“ nur gegen die Amerikaner und nicht gegen die Russen demonstrieren.

Diese Leute sollen doch einmal auf dem Roten Platz oder wenigstens auf der Transitstrecke nach Berlin gegen die SS 20 (die im Gegensatz zu den amerikanischen auf uns zielen) demonstrieren und sich somit eine gewisse Glaubwürdigkeit verschaffen. Wetten, daß sie es nicht tun? Dann hätte man nämlich zum letzten Mal von ihnen gehört. Und wer beißt schon schließlich die Hand, die einen füttert?

Man sollte nicht vergessen, daß schließlich die „Amis“ der Garant für unsere Freiheit sind und, speziell in diesem Raum, maßgeblich für Wohlstand gesorgt haben, sei es in Form von Mieten, Einkäufen, Pacht für militärisch genutztes Land und nicht zuletzt durch Löhne für nahezu 800 Arbeitnehmer. Wäre der Flugplatz Hahn (dessen Fluglärm mir mit jeder Umdrehung eines Jet-Triebwerkes das Wort Freiheit und auch Sicherheit entgegendröhnt) nicht hier, so wäre wohl nach wie vor der Ochsenkarren hier das übliche Transportmittel.

Mir persönlich ist ein amerikanisches „Hello“ tausendmal lieber als ein russisches „Hurrah“, wie es wohl noch die Teilnehmer der Ostfront im Ohr haben. Auch der damalige Krieg ist nicht genug zu verurteilen. Wir sollten alles daran setzen, den nächsten zu verhindern. Jedoch nicht, indem wir unsere Verbündeten vergraulen, sondern vernünftig. Auch wenn dieses den Friedensbewegern nicht in den Kram paßt.“

Heinrich Hase, Büchenbeuren

„... oder ist es Gedankenlosigkeit?“

Zu „Erkennen Sie das Symbol?“ (HZ vom 31. 1. 1983):

„50 Jahre nach Hitlers Machtergreifung sind vorbei. Unter dem Zeichen des Hakenkreuzes wurden unzählige Menschen zu Tode gefoltert und die Menschheit in einen unvorstellbar grausamen Weltkrieg getrieben.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus haben sich alle Demokraten nach Kriegsende geschworen. Alle Symbole der Nazi-Diktatur sollten vernichtet werden.

Alle? Auf dem Bürgersteig am Kastellauner Marktplatz gibt es noch ein ungeheuerliches Überbleibsel: Direkt vor einem Hauseingang ist das Hakenkreuz in Form von hellen Pflastersteinen deutlich abgebildet.

Sympathien mit den dunklen Zeiten?

Gedankenlosigkeit? Unachtsamkeit oder gar Bequemlichkeit?

Oft habe ich Sprüche erlebt wie „Demonstranten ins Arbeitslager“, „Rübe ab“, „Nur sooo ein kleiner Hitler fehlt uns“ und „Unter Hitler war wenigstens Ordnung“. Dazu kommen Ausländerfeindlichkeit und Judenwitze — hat man so wenig gelernt oder ist es Gedankenlosigkeit?

Beides ist sehr schlimm, und ich hoffe, daß etwas unternommen wird. Nicht nur das Hakenkreuz am Kastellauner Marktplatz muß verschwinden; das nazistische Gedankengut muß demokratischer Überzeugung weichen. Jeder von uns kann hierzu etwas beitragen, aber auch die Parteien, Schulen, Behörden und nicht zuletzt die Medien sind herausgefordert.“

Reinhard Sczech, Bell

HZ 07.02.1983

„Tatsachen auf den Kopf gestellt“

**Zu Leserbrief „Besser als Protest . . .“
(HZ vom 11. 1. 1983):**

„Nachdem von der CDU wieder einmal ihre Leserbriefschreibertruppe in Bewegung gesetzt wurde, hat sie es, wie so oft, fertiggebracht, Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die Wahrheit zu verdrehen.

Deshalb stelle ich hiermit nochmals einiges klar: Tatsache ist, daß wir Jungsozialisten in der Verbandsgemeinde Simmern zu der Wahlpodiumsdiskussion am 23. Februar in der Hunsrückhalle die heimischen Vertreter aller Parteien einladen, für die CDU ihren Kandidaten zum Landtag, Herrn Mallmann.

Wie Michael Werner von der Schüler-Union dazu kommt, uns Intoleranz vorzuwerfen, wenn wir eine Podiumsdiskussion veranstalten, zu der wir SPD, CDU, FDP und Grüne einladen, bleibt sein Rätsel. Bei der Schüler-Union scheint ein seltsames Toleranzverständnis zu herrschen.

Um Herrn Schmitt aus Hirzenach zu beruhigen, ist klarzustellen: Herr Mallmann begründete seine Absage eindeutig mit einem Zeitungsartikel der Jungsozialisten, in dem seine Rolle als maßgebender Verhinderer einer Oberstufe für die Gesamtschule Kastellaun verurteilt wurde. Von denen von Ihnen vermuteten Termenschwierigkeiten konnte also keine

Rede sein. Womit besagtes „Aha-Erlebnis“ sicherlich bei Ihnen eintreten wird; nach dem gutgemeinten Ratschlag unsererseits, sich zunächst über die Tatsachen zu informieren, bevor man überflüssige Leserbriefe schreibt.

Weitere Tatsache ist, und dies hinterläßt einen üblen Nachgeschmack: Anstatt auf unsere inhaltliche Kritik an der CDU und ihrem Abgeordneten einzugehen, ergreifen sich die CDU-Schreiber in übler, persönlicher Polemik gegen den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Jungsozialisten, Stephan Engelfried. Haben Sie denn unseren Vorwürfen nichts Inhaltliches entgegenzusetzen?

Wie stehen Sie denn dazu, daß durch den Einfluß Ihres Abgeordneten die Errichtung einer Oberstufe in Kastellaun, und damit die Chancengleichheit für die Schüler verhindert wurde? Wie beurteilen Sie denn die Tatsache, daß hier auf dem Hunsrück weiter Aufrüstung betrieben werden soll, obwohl Rheinland-Pfalz mittlerweile das größte Waffenlager in der Bundesrepublik ist?

Bitte äußern Sie sich doch hierzu einmal, und wenn es möglich ist, ohne jede persönliche Attacke.“

Michael Hilken, Vorsitzender der Jungsozialisten in der Verbandsgemeinde Simmern.

„. . . nur das gehört, was er hören wollte“

Zu Leserbrief „Rechtfertigen Arbeitsplätze diesen Wahnsinn?“ (HZ vom 25. 1. 1983):

„Der Leserbriefschreiber aus Reich hat bei der Veranstaltung in Simmern aus den Ausführungen des Staatsministers Mertes nur das gehört, was er hat hören wollen und das dann noch falsch. Oder hat er vielleicht doch gehört, daß die UdSSR seit 1977 dauernd aufrüstet und auf die Warnung des Westens nicht gehört hat; daß der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits den amerikanischen Präsidenten Carter aufgefordert hat, gleiche Waffen in Europa dem Osten entgegenzusetzen; daß kein Amerikaner gesagt hat, man wolle einen Krieg mit der Sowjetunion in Europa führen, daß aber im Falle eines Angriffes auf Westeuropa dieser Angriff erfolgreich abgewehrt werden muß; daß bereits der damalige Verteidigungsminister Apel Geheimhaltung der Raketenstandorte für den Fall verordnet hat, falls der Westen aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses nachrüsten muß, wenn die Sowjets nicht abrüsten; daß die SPD versucht, den NATO-Doppelbeschluß jetzt zu untergraben und somit den Frieden in Freiheit gefährdet; daß die UdSSR überall dort

Krieg führt und geführt hat, wo sie keinen gleichwertigen Gegner zu fürchten braucht; daß der Westen ohne entsprechendes Gleichgewicht gegenüber dem Osten erpreßbar ist und der Frieden dann vielmehr gefährdet ist?

Welches Land ist denn durch die SS 20-Raketen am meisten gefährdet: a) Brasilien, b) Japan, c) Bundesrepublik? Ist es für die Sicherung des Friedens in Freiheit erheblich, ob die Bevölkerung die Raketenstandorte a) weiß, b) nicht weiß?

Was ist Ihnen lieber: a) auch in Zukunft Ihre Meinung noch offen sagen oder schreiben zu dürfen oder b) lieber mit einem sozialistischen Maulkorb herumzulaufen? Was ist Ihnen lieber: a) Moskau liefert die U-Boote nach Indien und hilft weiter nicht, b) die Bundesrepublik liefert die U-Boote und hilft darüber hinaus auch der notleidenden Bevölkerung?

Was ist Ihnen lieber: a) die SPD sagt vor den Wahlen Unwahrheiten und Halbwahrheiten, b) die CDU sagt vor den Wahlen bereits das, was jeder Bürger auch im sicherheitspolitischen Bereich nach den Wahlen zu erwarten hat?“

Ernst Zeimetz, Kastellaun